

Datum: 28.07.16

Petitionsausschuss
des Deutschen Bundestags
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Petition :

- Korrektur der Rentenpunkte- und Sozialabgabenpraxis bei Leiharbeitnehmern**
- equal-pay ggf. bei geeigneten Entschädigungen kein zwingendes Muss*
- Rentenpunkte+Sozialabgabenvereinnahmung stoppen !**
- Sozialaspekt in Leiharbeit wiederherstellen.*
- Attraktivität und Flexibilität durch Zuschläge im Rentenpunkte-/Sozialabg.system.*

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Renten und Sozialabgabenpraxis bei Leiharbeitnehmern ohne equal-pay ist zu überarbeiten. Sie stellt offensichtlich eine Ungleichbehandlung vor dem Grundgesetz dar.

Das Gebot des Art. 3 Abs. 1 GG, alle Menschen vor dem Gesetz gleich zu behandeln, ist verletzt, wenn eine Gruppe von Normadressaten im Vergleich zu anderen Normadressaten anders behandelt wird, obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht bestehen, dass sie die ungleiche Behandlung rechtfertigen könnten (vgl. BVerfGE 81, 156 <205> m.w.N.). Absatz 172

Auch wenn arbeitsrechtlich, tarifrechtlich etc. die o.g. Sozialabgabenpraxis legitim scheint, so ist sie moralisch verwerflich und belastet das Sozialsystem.

Während Leiharbeitnehmer ohne equal-pay ein geringeres Einkommen beziehen als Festangestellte mit identischer Qualifikation und Tätigkeit, sowie Leiharbeitnehmern in equal-pay Beschäftigung, haben erstgenannte einen weiteren Nachteil , welcher in der Tragweite nur schwer vor dem Sozialaspekt zu vertreten ist.

Beispiel: Ein Facharbeiter arbeitet als Leiharbeitnehmer in einem Betrieb ohne equal-pay. Tarifparteien haben sich auf Tarifyhalte geeinigt, welche den Leiharbeitnehmer in seiner Lebensarbeitsleistung „beschneidet“ , (durch das verringerte Einkommen) und gleichzeitig den Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt. Das kann nicht gewollt sein.

Da sich Rente und Sozialabgaben nach dem Einkommen richten, ist der Leiharbeitnehmer auf Dauer „bestraft“. Er erhält ,nach dem Gesetz regulär, seine Lebensarbeitsleistung nicht in geleisteter Höhe.

Obwohl die transferierten Gelder zwischen Verleihunternehmen und Entleiher meist der Wertschöpfung von regulär Beschäftigten entsprechen (identische Lebensarbeitsleistung) kommen diese Leistungen einem Leiharbeiter (bei nicht equal-pay) nicht zu Gute.

Weil der gesetzliche Rahmen und die Praxis, nahezu lückenlos, leider eine solche Ungleichbehandlung zulässt, ist es an der Zeit, folgende Änderungen herbeizuführen:

-Rentenpunkte+Sozialabgabenvereinnahmung stoppen !
-Sozialaspekt in Leiharbeit wiederherstellen.
-Attraktivität und Flexibilität durch Zuschläge im Rentenpunkte-/Sozialabg.system.

a) Rentenpunkte+Sozialabgabenvereinnahmung stoppen

Geleistete Arbeit nach Qualifikation und Tätigkeit in den Sozialabgaben voll anrechnen (fiktives Facharbeiter-Einkommen bei Leiharbeit entsprechend der Tätigkeit und Qualifikation)

b) Sozialaspekt in Leiharbeit wiederherstellen

Durch o.g. gleichgestellte Anrechnung der Sozialabgaben, laufen Leiharbeiter weniger Gefahr in Altersarmut abzurutschen bzw. zusätzlich Unterstützung vom Staat zu beanspruchen.

c) Attraktivität und Flexibilität durch Zuschläge im Rentenpunkte-/Sozialabg.system

Derzeitige Praxis führt zu niedrigeren, meist unzureichenden Renten, zu Lasten des Sozialsystems. Ein Zuschlag zu den angeglichenen Sozialabgaben von z.B. 10% (bei Leiharbeit ohne equal-pay,) würde die verlangte Flexibilität als Leiharbeiter entschädigen.

d) *...daraus folgt, ein Leiharbeiter, welcher höhere Sozialabgaben berechnet bekommen würde als ein regulär Festangestellter, hätte in der Rente einen Ausgleich. Allerdings erst in der Rente oder bei z.B. Arbeitslosigkeit oder Krankheit.*

Die einfachere Variante zur Beseitigung dieser Ungleichbehandlung wäre jedoch equal-pay ab dem ersten Tag in Leiharbeit.

Wohlmöglich ein Erfolg vor der wachsenden Bevölkerung, für die Partei, welche dies durchsetzt und umsetzt.

Ich bin überzeugt, dass dieser Vorschlag Früchte tragen kann, da die Mehrheit der Bevölkerung (insbesondere die betroffenen Leiharbeiter) diesen Umstand nicht mehr erdulden wollen, was sich auch mehr und mehr in der politischen Wählerlandschaft ausdrückt.

Ich möchte mit dieser Beschwerde erreichen, dass sich über die gängige Praxis der Sozialabgabenvereinnahmung auseinandergesetzt wird. Möglichst mit einer anschließenden Änderung der Praxis.

Mit freundlichen Grüßen

R.Dechow

Ich bitte bei dieser Petition um Unterstützung, da sich sonst wohl nichts ändert... Danke